

3/S-XXVII.GP**STELLUNGNAHME**

**gemäß Art. 23e B-VG
des Hauptausschusses des Nationalrates
vom 21. September 2020**

**10493/20 Special meeting of the European Council (24 and 25 September 2020) – Draft
guidelines for conclusions**

Die österreichische Bundesregierung wird aufgefordert,

- die Bemühungen der EU für die Ausarbeitung eines umfassenden Aktionsplans für Menschenrechte und Demokratie für 2020 bis 2024 zu unterstützen;
- sich auf EU-Ebene für die Einführung einer unionsweit geltenden Regelung für Sanktionen bei schwerwiegenden Verstößen gegen die Menschenrechte einzusetzen;
- sich für eine regelmäßige Befassung der zuständigen EU Gremien für die Fortschritte bei der Umsetzung des EU-Aktionsplans für Menschenrechte und Demokratie einzusetzen.